

Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

3,50 Euro D3499C

NR. 46 R

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, HOLGER STELTZNER

16.11.2014

Thomas Middelhoff

Der tiefe Fall des Helden

WIRTSCHAFT

Feminismus

Schieß doch, Tussi!

POLITIK

Fortpflanzung

Babys ohne Sex

WIRTSCHAFT

Alternde Popstars

Geht endlich in Rente!

FEUILLETON

Wie in Hollywood

Schein muss sein im DFB

SPORT

Lösegeld-Boom

Islamisten als Werbeträger: Deutsche Unternehmen versichern ihre Mitarbeiter gegen Entführungen

VON MARCO SELIGER

Das Geschäft mit Entführungen boomt. Nicht nur Islamisten verdienen damit viele Millionen Euro. Auch in den Heimatländern der Entführungsoffer ist eine Branche entstanden, die an den Fällen mitverdient. Sie versichert vor allem Unternehmen, aber auch Privatleute und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen gegen Kidnapping. Der Markt wächst – gerade in Deutschland. Und die Islamisten im Irak haben ihren Anteil daran.

Im Geschäft sind hierzulande die Großen der Versicherungsbranche: Allianz, HDI Gerling und Ergo aus Deutschland, dazu Hiscox aus Großbritannien sowie AIG und Chubb aus den Vereinigten Staaten. Sie haben sogenannte „Kidnap & Ransom“-Policen im Angebot, zu Deutsch Entführung und Lösegeld, abgekürzt K+R. Im Entführungsfall kommt die Versicherung dann für die Kosten auf, die dem Versicherten durch den Einsatz von Krisenberatern und Verhandlungsführern sowie durch Lösegeldzahlungen entstehen.

Die Kosten für eine K+R-Police hängen von verschiedenen Faktoren ab, etwa von der Anzahl der Mitarbeiter, die ein Unternehmen in ein Krisengebiet schicken will. Maßgebliches Kriterium bei der Preisgestaltung ist jedoch die Sicherheitslage am Ort. Sie wird von Sicherheitsfirmen im Auftrag der Versicherer quartalsweise bewertet und in einem Ranking der Länder zusammengefasst, in denen das Entführungsrisiko am höchsten ist. Derzeit belegen Mexiko und Nigeria die ersten Plätze.

Die Versicherungen bieten unterschiedliche Pakete an. Eine einfache Krisenvorsorgeberatung kostet 3000 Euro, das Rundpaket mit Lösegeldversicherung und Verhandlungsteam schlägt mit jährlich 250 000 Euro zu Buche. Die Deckungssummen reichen von mindestens drei bis maximal 50 Millionen Euro pro Versicherungsfall. Das sieht nur auf den ersten Blick viel aus. Wenn sich die Verhandlungen mit den Geiselnern hinziehen, über Monate ein Krisenberaterteam bezahlt und schließlich ein hohes Lösegeld übergeben werden muss, können schnell mehrere Millionen Euro fällig werden, sagt ein Experte für Entführungsfälle. Nicht jedes Unternehmen könnte eine solche Summe aus der Portokasse zahlen. Gerade für Mittelständler sei eine Risikoabsicherung eine gute Alternative.

Das Geschäft dümpelte in Deutschland lange vor sich hin. Dann trafen zwei Entwicklungen zusammen, die dem Business einen Schub gaben. Erstens: Deutsche Unternehmen, vor allem Mittelständler, expandierten zunehmend in ausländische Märkte, die für sie bisher nicht interessant oder zugänglich waren. Zweitens: Viele dieser Märkte liegen in zunehmend unsicheren Gebieten, etwa in der arabischen Welt.

Von einem echten Boom kann man aber erst sprechen, seit der „Islamische Staat“ über das Internet

Enthauptungsvideos verbreitet. „Seitdem ist das Interesse an diesen Versicherungen geradezu explosionsartig gestiegen“, sagt Anne Deiter, Expertin für Entführung und Erpressung beim Versicherungsmakler AON. Die Gruselbilder hätten bei vielen Unternehmen einen „Hallo-Wach-Effekt“ erzeugt und schlagartig ihre Bereitschaft erhöht, in den Schutz der Mitarbeiter im Ausland zu investieren. Manchmal hört man es in der Branche noch drastischer: Die Islamisten seien derzeit der beste Werbeträger.

Insgesamt dürften seit 1998 mehr als tausend K+R-Verträge allein in Deutschland geschlossen worden sein. Wie viele Neuabschlüsse es gibt, lässt sich freilich schwer beziffern. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft erfasst nach eigenen Angaben diese Zahlen nicht, und die Unternehmen halten sich bedeckt.

Bis 1998 waren Lösegeldversicherungen in Deutschland verboten, weil sie als sittenwidrig und unmoralisch galten. Dann musste das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen den deutschen Markt für K+R-Versicherungen freigeben, weil es die EU so entschieden hatte. Die Mitgliedstaaten wollten einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt für Versicherungen schaffen. Weil der Markt in Großbritannien schon für Lösegeld-Policen geöffnet war, mussten diese Produkte auch in den anderen EU-Ländern erlaubt werden.

Das Bundesamt erlegte den Versicherungsnehmern strenge Bedingungen auf. Sie müssen den Erwerb einer K+R-Police geheim halten. Ein Unternehmer darf maximal drei Personen seines Vertrauens darüber informieren, dass eine solche Versicherung besteht, und nur in Ausnahmefällen davon abweichen. Mitarbeiter, die in Krisengebiete geschickt werden, müssen damit im Unklaren darüber bleiben, ob ihr Arbeitgeber für den Entführungsfall eine Versicherung abgeschlossen hat. „Auf diese Weise soll verhindert werden, dass Geiselnahmer von ihren Entführungsoffern erfahren, dass ihr Unternehmen gegen Lösegeldzahlungen versichert ist“, sagt Christof Bentele vom Allianz-Großkundenversicherer AGCS, einem der Anbieter von K+R-Policen.

Offenbar erkannte das Bundesaufsichtsamt, dass Lösegeldzahlungen in ein unweigerliches Dilemma führen: Sie nutzen den Opfern, die freikommen, erhöhen aber das Risiko für andere, die sich in Krisengebieten aufhalten. Wird einmal Lösegeld gezahlt, fließt es auch beim nächsten Mal – nach diesem Kalkül operieren kriminelle und terroristische Gruppen.

Der F.A.S. liegt der Bericht eines Sicherheitsunternehmens vor, in dem die weltweiten Entführungsfälle im zweiten Quartal 2012 aufgeführt sind. Danach wurden in dieser Zeit allein in der Sahelzone 24 westliche Ausländer entführt, im Schnitt ein halbes Jahr lang fest-

gehalten und für durchschnittlich jeweils 3,75 Millionen Dollar freigekauft. In Afghanistan und im Irak lagen die Lösegeldforderungen im selben Zeitraum bei durchschnittlich einer halben Million Dollar.

Einige Staaten lehnen es grundsätzlich ab, Staatsbürger freizukaufen, etwa Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Die deutsche Regierung tut dagegen alles, um ihre Staatsbürger im Ausland freizubekommen. Lösegeldzahlungen sind keine Seltenheit, auch wenn sie durch Dritte erfolgen. Offenkundig wurde das im Fall der Göttinger Familie Wallert, die 2000 von der philippinischen Terrorgruppe Abu Sayyaf entführt wurde. Der damalige libysche Staatschef Muammar al-Gaddafi kaufte die Familie und vier weitere europäische Geiseln für 25 Millionen Dollar frei, die Bundesregierung bedankte sich.

Heute übernehmen andere die Abwicklung solcher Geschäfte. So zuletzt im Fall eines in diesem Jahr ebenfalls auf den Philippinen entführten Arztes aus Eltville und seiner Lebensgefährtin. Beide kamen im Oktober frei, die Bundesregierung hielt sich bedeckt. Ein Informant mit Zugang zu internen, als geheim eingestuften Unterrichtungen berichtete der F.A.S., das von den Terroristen geforderte Lösegeld in Höhe von vier Millionen Euro sei von einem Staat gezahlt worden, „der sich mit der Bundesrepublik gutstellen“ wolle. Dabei könnte es sich um Malaysia handeln, das über gute Kontakte in der Region verfügt.

Friedrich Haas von der Sicherheitsberatung AKE aus Bielefeld beobachtet ein zunehmendes Entführungsrisiko vor allem in islamischen Ländern, in denen es Entführer gezielt auf Deutsche abgesehen hätten, weil sie die Bundesregierung als zahlungswillig einschätzen. In Schwellen- und Risikoländern wie Nigeria oder Mexiko hingegen, in denen immer mehr deutsche Unternehmen tätig sind, würden Personen eher willkürlich entführt. „Entweder sie werden freigekauft oder einfach getötet“, sagt Haas.

Risikoberater wie er gehören zum Versicherungsumfang von K+R-Policen. Sie verhandeln mit den Entführern, organisieren Lösegeldübergaben – und verdienen damit viel Geld. Tagessätze von 3000 Euro und mehr sind keine Seltenheit. In der Branche gibt es eine Faustregel: Ein Krisenberater hat dann gut gearbeitet, wenn sein Honorar die Höhe des Lösegeldes nicht übersteigt.

Die Versicherungen folgen derselben Maxime wie die Bundesregierung: Wer entführt wird, soll nicht seinem Schicksal ausgeliefert bleiben. Gleichwohl wird in der Branche kritisch beäugt, wie viel der deutsche Staat beziehungsweise seine ausländischen Verbündeten an Lösegeld zahlen. In den letzten Jahren seien die Beträge immer größer geworden, mehrere Millionen Euro seien keine Seltenheit mehr. „Der Staat macht uns die Preise kaputt“, klagt ein Branchenvertreter.



Tod, wo ist dein Stachel?

Zum Sterben ins Hospiz. Und zum Leben. Seite 2.

Illustration Hinnerk Bodendick

Wortgefechte in Brisbane

F.A.S. FRANKFURT. Das Treffen der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer im australischen Brisbane ist am Samstag vom Konflikt zwischen dem Westen und Russland über die Ukraine überschattet worden. Der amerikanische Präsident Barack Obama warf seinem russischen Kollegen Wladimir Putin vor, dessen Politik sei eine Gefahr für die Welt. Der kanadische Regierungschef Stephen Harper begrüßte Putin mit den Worten: „Ich denke, ich werde Ihre Hand schütteln, aber ich habe Ihnen nur eines zu sagen: Sie müssen aus der Ukraine raus!“ So teilte es Harpers Sprecher mit. Putin antwortete nach russischer Darstellung, dies sei unmöglich, weil dort gar keine russischen Truppen seien. In einem ARD-Interview sagte Putin, er werde es nicht zulassen, dass die ukrainische Regierung in der Ostukraine „alle vernichtet, sämtliche politischen Gegner und Widersacher“. Bundeskanzlerin Angela Merkel führte ein fast vier Stunden langes Gespräch mit Putin, an dem zeitweilig auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker teilnahm; über den Verlauf wurde zunächst nichts bekannt. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko ordnete derweil den Abzug zahlreicher Staatsbetriebe und Behörden aus den von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebieten im Osten des Landes an; er soll binnen einer Woche erfolgen. Außerdem soll die Nationalbank im Laufe eines Monats die Zusammenarbeit mit dort tätigen Geschäftsbanken einstellen. *Wirtschaft*

Grippewelle im Netz

Big Data kann helfen, uns gegen Krankheiten zu wappnen

VON CORINNA BUDRAS

Spüren Sie es schon? Ein Kratzen im Hals, womöglich leichtes Fieber? Im November beginnt die Grippezeit. Dann wird es ungemütlich: Jedes Jahr werden in Deutschland Millionen von Menschen vom Influenza-Virus befallen und müssen sich krank schreiben lassen. Zigtausende erwischt es sogar so stark, dass sie in eine Klinik müssen. Im Internet lässt sich der aktuelle Stand der Influenza-Verbreitung jeden Tag nachvollziehen – Google macht es möglich.

In den vergangenen Wochen hat sich die Farbe der Deutschlandkarte im Netz von einem hellen Grün (minimale Verbreitung der Grippe) – in verschiedene Orange-Töne (mittlere Verbreitung) gewandelt. In Berlin und Sachsen-Anhalt ist die Lage derzeit offenbar besonders brenzlich, dort könnte bald die höchste Stufe erreicht sein: Rot. Zu diesem Ergebnis kommt der amerikanische Internetkonzern mit seinem Analyse-Projekt „Google Flu Trends“.

Wetter Es ist meist stark bewölkt, zeitweise regnet es. Allenfalls im Südwesten sind Wolkenlücken möglich. Temperaturen zwischen 7 und 13 Grad. *Seite 40*

Lotto: 10, 13, 14, 19, 25, 31 - 6*
Spiel 77: 3 9 3 9 9 4 0
Super 6: 9 9 8 6 1 1
Alle Zahlen ohne Gewähr. *Superzahl

Doch woher weiß Google das? Die Antwort dürfte in Deutschland viele erschrecken: Big Data. Oder genauer: eine ausgeklügelte Analyse der Milliarden von Suchanfragen, die Leute auf der ganzen Welt jeden Tag im Internet eingeben. Die Idee dahinter klingt ziemlich banal: Wenn viele Personen auf einmal nach Mitteln gegen Grippe suchen, gibt das dann nicht einen Hinweis darauf, dass eine Grippewelle im Anmarsch ist?

Google durchforstet die Suchanfragen ohnehin schon für seine kommerziellen Zwecke. Mit maßgeschneiderter Werbung verdient das Unternehmen Milliarden. Von „Google Flu Trends“ könnte aber auch die Gesellschaft profitieren, wenn Behörden und Krankenhäuser sich schneller auf den Ernstfall vorbereiten. Zumal die Suchanfragen anonymisiert untersucht werden. Das ist eine positive Seite von Big Data, die in Deutschland bisher allerdings noch kaum jemandem so richtig interessiert. Hierzulande haben vor allem Spezialisten

von dem Projekt gehört, dabei gibt es das schon seit sechs Jahren. Ganz anders ist es in den Vereinigten Staaten. Dort untersuchen Wissenschaftler Googles System schon länger sehr gründlich – und drängen den Konzern, sein Analyse-Tool weiter zu verbessern. Gerade erst hat Google eine überarbeitete Version in den Vereinigten Staaten vorgestellt.

Damit hat der Konzern auf heftige Kritik daran reagiert, dass Google Flu Trends in der Grippe-Saison 2012/2013 mit seinen Schätzungen ordentlich danebenlag, nachdem es allerdings zuvor beeindruckende Ergebnisse geliefert hatte. Die Lehre daraus ist ziemlich eindeutig: Big Data ist ein ständiger Lernprozess. Damit die Daten auch ein akkurates Bild der Wirklichkeit verraten, müssen sie richtig analysiert werden. Und das bedeutet, dass die Algorithmen ständig angepasst werden müssen. Nicht umsonst ändert Google die Algorithmen für seine Suchmaschine jeden Tag.

Big-Data-Experten sind trotzdem begeistert von dem Projekt: „Das Prinzip ist genial“, sagt Dirk Brockmann vom Robert-Koch-Institut, gleichzeitig Biologieprofessor an der Humboldt-Universität in Berlin. Auch er kennt sich mit Big Data aus: Anhand der Daten des internationalen Flugnetzes analysiert er die Wahrscheinlichkeiten für die Verbreitung der Ebola-Seuche in die ganze Welt. Er sagt: „In der Wissenschaft muss man Mut haben.“ *Wirtschaft*



Grüne Revolution

Wie man in China versucht, den Pandabären zu retten. *Wissenschaft*

Balkanischer Pop

Wie der Musiker Stefan Hantel zum Sound von Shantel fand. *Rhein-Main*

Politikerin mit Übergewicht

In Belgien ist ausgerechnet die Gesundheitsministerin zu dick. *Leben*



Belgien 3,80 €; Griechenland 4,30 €; Luxemburg 3,80 €; Niederlande 3,80 €; Österreich 3,80 €; Frankreich 4,30 €; Italien 4,30 €; Portugal (Cont.) 4,30 €; Schweiz 5,30 €; Spanien, Balearen und Kanaren 4,30 €; Ungarn 970 Ft

